

II-5254 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM

FÜR

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 15. März 1992

DVR: 0000060

Zl. 2220.170/137-I.7/92

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Kollegen an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betreffend Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China (2272/J-NR/92)

2221 IAB

1992 -03- 20

zu 2272 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W I E N

Die Abgeordneten Dr. Höchtl und Kollegen haben am 30. Jänner 1992 unter Zl. 2272/J-NR/1992 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Sind Ihnen die dargestellten Menschenrechtsverletzungen bekannt?
2. Wie beurteilt die österreichische Botschaft in der Volksrepublik China die Situation?
3. Was werden Sie international zum Schutz der Christen in der Volksrepublik China unternehmen?

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.: Die in der Anfrage erwähnten Menschenrechtsverletzungen sind dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bekannt. Mein Ressort verfolgt die Entwicklung der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China, insbesondere die Einschränkung der Gewissens- und Religionsfreiheit, schon seit langem mit größter Sorge.

- 2 -

Zu 2.: Vor allem seit Dezember 1991 konnten in der Volksrepublik China verstärkte repressive Maßnahmen gegen Christen (ca. 3,7 Mio. Katholiken und 4,5 Mio. Protestanten) und dabei besonders gegen jene Katholiken festgestellt werden, die sich zum Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche bekennen und sich daher weigern, der von der chinesischen Regierung kontrollierten "patriotischen Vereinigung der chinesischen Katholiken" beizutreten. Über die Anzahl der verhafteten Bischöfe, Priester und Laienkatholiken bestehen keine verlässlichen Angaben, sie dürfte jedoch hoch sein.

Zu 3.: Menschenrechtsfragen wurden von mir gegenüber der chinesischen Seite anlässlich des offiziellen Besuchs von Außenminister Quian Quichen in Österreich im Oktober 1991 angesprochen. In einem Memorandum, das ich dem chinesischen Außenminister bei diesem Anlaß überreicht habe, appellierte ich u.a. an die Regierung der Volksrepublik China, eine Amnestie für die Personen zu erlassen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 4. Juni 1989 oder wegen ihrer religiösen Betätigung verurteilt wurden.

Die chinesische Seite erklärte bei diesem Besuch ihre grundsätzliche Bereitschaft, Menschenrechtsfragen zu erörtern. Diese Bereitschaft wurde auch anlässlich des Besuchs von Präsident Dr. Fischer in der Volksrepublik China im Jänner 1992 wiederholt. Der chinesische Außenminister hat bei diesem Besuch in Wien ferner eine österreichische Expertendelegation zu einem Besuch Chinas, einschließlich Tibets, eingeladen. Diese Delegation wird unter der Leitung von Univ. Prof. Dr. Felix ERMACORA stehen und soll noch vor dem Sommer d.J. nach China reisen.

- 3 -

Österreich ist auch im Rahmen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen für die Achtung der Gewissens- und Glaubensfreiheit eingetreten, zuletzt bei deren 48. Tagung vom 27. Jänner bis 6. März 1992. Ein Resolutionsentwurf über die Menschenrechtssituation in China/Tibet, in dem u.a. Besorgnis über Verletzungen des Grundrechts der Religionsfreiheit ausgedrückt wurde, ist von Österreich miteingebracht, aufgrund einer Mehrheitsentscheidung der Kommission aber nicht in Behandlung genommen worden.

Ich werde dem Schutz der Christen in der Volksrepublik China jedenfalls weiterhin besondere Aufmerksamkeit widmen.

Der Bundesminister für  
auswärtige Angelegenheiten:

